

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 11.11.2008
Sitzung Nummer:	26 (JHA/26)
Sitzungsdauer:	18:30 - 19:50 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Petra Hoffmann
Vorsitzende/r

Martina Friedrichs
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Frau Petra Hoffmann

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dorena Berlin

Herr Marcus Graubner

Herr Ewald Kittner

Frau Brigitte Klemm

Herr Klaus-Dieter Pieper

Frau Bärbel Voigt

beratende Mitglieder

Frau Heidemarie Henning

Frau Kathrin Müller

Frau Carola Schulz

Herr Carsten Wulfänger

Protokollführer

Frau Martina Friedrichs

Gäste

Herr Egmar Gebert

Herr Marco Hertzfeld

Presse, Volksstimme

Presse, Altmarkzeitung

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Ullrich Börnge

Herr Horst Janas

Frau Birgit Schleinig

entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Manfred Hauschulz

Herr Bernd Jonschkowski

Herr Rainer Mählenhoff

Frau Anneliese Raup

Frau Rabea Reinhold

entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 25. Sitzung vom 07.10.2008
 - 4 Zusatz zu den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen des Landkreises Stendal
Vorlage: 451
 - 5 Institutionelle Förderung - Zuwendungsvertrag
Vorlage: 452
 - 6 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut - eingegangene Zuarbeiten anderer Ausschüsse
 - 7 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Hoffmann eröffnet die Sitzung um 18.32 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Hoffmann stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 25. Sitzung vom 07.10.2008

Frau Hoffmann stellt den öffentlichen Teil der Niederschrift der 25. Sitzung vom 7.10.08 fest.

zu TOP 4 Zusatz zu den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen des Landkreises Stendal Vorlage: 451

Frau Hoffmann stellt die DS-Nr. 451 vor.

Frau Müller erläutert die DS-Nr. 451 und erklärt, warum für die Förderverfahren in der Jugendarbeit andere Grenzen angesetzt werden.

Frau Hoffmann lässt über die DS-Nr. 451 abstimmen. Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 5 Institutionelle Förderung - Zuwendungsvertrag
Vorlage: 452**

Frau Hoffmann stellt die DS-Nr. 452 vor. Im Landkreis Stendal gibt es bereits zwei Einrichtungen, in Osterburg und in Havelberg, die so gefördert werden. Wir haben die Verantwortung für den gesamten Landkreis. Es müssen dafür ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Frau Schulz begrüßt diese Vorlage. Dadurch ist eine größere Sicherheit für die Träger gegeben.

Frau Müller geht davon aus, zur nächsten Sitzung des JHA die entsprechende Vorlage vorlegen zu können, dann muss der Kreistag dazu sein Votum geben. Es bedeutet aber auch haushaltsrechtliche Einschnitte – dazu muss der Kreistag letztbeschließend sein.

Frau Klemm fragt nach, inwieweit noch finanzieller Spielraum für anderes bleibt?

Frau Müller antwortet, dass wir davon ausgehen, dass man die Mittel nicht bis zum letzten Cent bindet. Zuwendungsverträge kommen insbesondere in Förderbereichen in Frage, die die „festen Strukturen“ – Einrichtungen und Dienste, wie z. B. die mobile Jugendarbeit – betreffen. Feste Strukturen heißt, das sind die Angebote der Grundversorgung der Jugendarbeit, die ohnehin seit Jahren in der Regelförderung sind. Fragen des Bedarfs oder der Qualität der Arbeit sind natürlich weiterhin relevant für die Förderung.

Herr Wulfänger erklärt, dass es um die Verlässlichkeit für die einzelnen Träger geht.

Herr Graubner findet die Idee sehr gut, da die angesprochene Sicherheit dadurch besser wird. Er hat noch eine Frage an Herrn Wulfänger: Können Sie sich das auch für den Sozialbereich vorstellen?

Darauf antwortet Herr Wulfänger: Wir überlegen, auch für den Sportbereich so etwas zu machen. Für den Sozialbereich gibt es noch keine Vorstellungen.

Frau Hoffmann findet es vorwiegend für die Träger wichtig.

Herr Kittner fragt, ob es denkbar wäre, wenn wir hier einen Präzedenzfall schaffen, das dann auch auf andere Bereiche zu übertragen.

Frau Müller erklärt, dass es z. B. nicht sinnvoll für Freizeitmaßnahmen wäre. Wichtig sind die festen Strukturen, die Einrichtungen mit Personaldecke.

Für Herrn Kittner bietet diese Vorgehensweise auch, dass man sich inhaltlich-fachlich auseinandersetzen kann.

Frau Hoffmann lässt über die DS-Nr. 452 abstimmen. Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

einstimmig beschlossen

zu TOP 6 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut - eingegangene Zuarbeiten anderer Ausschüsse

Frau Hoffmann stellt fest, das in Sachsen-Anhalt jedes 2. Kind von Armut betroffen ist. Diese Zahlen sind prekär. Wir reden und reden, aber wer tut was?

Frau Klemm wirft ein, dass man nur was tun kann, wenn man Geld hat.

Frau Hoffmann erwidert, dass es nicht nur um die finanzielle Seite der Armut geht. Es geht genauso um Bildungs- und gesundheitliche Armut. Sie fragt nach Vorschlägen.

Frau Klemm bleibt bei ihrer Aussage. Die Elternarbeit ist sehr wichtig, ist aber nicht an die Arbeit mit Kindern gekoppelt. Es gelingt aber nur, indem man mit den Eltern arbeitet.

Frau Voigt ist der Meinung, dass es auch über die Arbeit mit Ehrenamtlichen gehen kann. Das ist dann ein gegenseitiges Geben und Neben. Aber ist es ehrenamtlich erreichbar? Man kann nicht alles mit Ehrenamt erreichen, man benötigt auch Fachkräfte. Die Ehrenamtlichen könnten vor allem in kleineren, weiter abgelegenen Gemeinden tätig werden. Hier muss man analysieren, die Fachkräfte müssten anleiten, dadurch würde ein Synergieeffekt erreicht werden. Aber es geht nun mal nicht ganz ohne Geld.

Frau Hoffmann findet, dass eine sinnvolle Balance gehalten werden muss. Sie erwartet von den Pädagogen, dass Elternarbeit mit dazu gehört. Wer sich als Pädagoge versteht, weiß, dass man die Eltern braucht.

Frau Klemm bringt Beispiele aus ihrer Arbeit an, dass z. B. Förderungen vom Land an vorhandene Räumlichkeiten gebunden werden. Sie zählt das Elterncafe auf – das ist Engagement, was nicht in der Arbeitszeit gemacht werden kann.

Herr Wulfänger fragt: Wie gehen wir mit dem Thema um? Zeitlich stellen wir uns vor, dass wir am 9.12.08 zum nächsten Ausschuss die Beschlussvorlage einbringen und diese dann weitergeleitet wird zum Kreistag im Dezember. In diesem Beschluss könnte stehen: Prävention und Elternarbeit, dazu, was man verbessern könnte. Er erläutert das Beispiel „Windeltonne“.

Als 2. Beispiel führt er ein Babybegrüßungspaket an. Das bedeutet Erstbesuch durch Sozialarbeiter bei Eltern und Babys, eine Mappe mit Informationsmaterial wird übergeben, dadurch könnten wir bereits einen Fuß in die Tür kriegen. Aber diese Pakete können nicht materiell untersetzt werden.

Drittens soll die ehrenamtliche Tätigkeit unterstützt werden, z. B. durch Hausaufgabenhilfe. Hier soll ein Pool oder eine Börse aufgebaut werden.

Viertens: Für den Vorschlag „Essengeld“ gibt es momentan keine Möglichkeit der Finanzierung. Eventuell könnte man über den 2. Arbeitsmarkt die Essenausgabe unterstützen. Und es gibt Erwägungen, über eine Diplomarbeit der ortsansässigen Fachhochschule eventuell an Informationen zu kommen.

Das fünfte Beispiel ist die Elternarbeit. Wir überlegen, angepasste Angebote (nicht nur) für Alleinerziehende zu machen, z. B. Haushaltsführung, alters- und bedürfnisgerechte Betreuung der Kinder usw.

In der zur Vorlage gehörenden Anlage soll dargestellt werden, was wir jetzt schon machen. Es soll eine Verknüpfung des theoretischen und praktischen Teils geben.

Für Frau Voigt ist es wichtig, dass wir uns stark machen müssen, diese Thematik in die Politik (Land und Bund) reinzutragen. Das Problem existiert bundesweit. Wie kann hier gegengesteuert werden?

Frau Hoffmann ist der Meinung, dass gesellschaftliche Veränderung nicht nur von oben kommen kann.

Frau Schulz schlägt vor, das Kindergeld gleich dahinzugeben, wo es gebraucht wird, z. B. an die Kitas, genauso, wie die Miete bei Hartz IV-Empfängern gleich an den Vermieter überwiesen werden kann.

Herr Graubner stimmt Frau Voigt zu. Er richtet seinen Dank schon mal an die Träger, die jetzt schon Erziehungsberatung, Schuldenberatung, Frühförderung usw. anbieten. Das Problem ist, man kann die Eltern nicht zu irgend etwas zwingen. Es wäre schön, wenn wir rigorosere rangehen könnten. Die Ämter müssten mehr dürfen, damit für die Kinder eine Zukunft rauskommt.

Frau Henning kann die Aussagen von Frau Voigt nur unterstützen. Es wird viel diskutiert an den Schulen. Das Kindergeld steht jedem Kind zu, aber es wäre schön, wenn das Kindergeld nur zu einem Teil an die Familien ausgereicht werden würde.

Auch eine Babybegrüßung wäre toll. Das ist der richtige Zeitpunkt, um bei den jungen Eltern etwas aufzubauen, da nehmen sie noch Hilfen in Anspruch.

Wir machen an den Schulen schon sehr viel, z. B. Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung, viele Arbeitsgemeinschaften. Die Schulen sind sehr bemüht, halten viele Angebote schon bis 15.00 Uhr vor für die Kinder. Es ist für alle offen und muss nur angenommen werden.

Herr Kittner findet, den Eltern Gelder abzuverlangen (z. B. für Kopien) ist evtl. nicht der richtige Weg. Die Schule muss über so viel Geld verfügen, dass sie wirtschaftlich gut dasteht. Hier muss Abhilfe geschaffen werden.

Frau Hoffmann sieht das als Forderung an die Politik, aber unser Weg muss sein: Die Prävention vor der Armut. Dazu gehört eben die Elternarbeit (z. B. Rituale pflegen wie tägliches gemeinsames Frühstück, Mittag- und Abendessen).

Herr Graubner fragt nach der Internetarbeit in den Klassenstufen 7 bis 9. Es wird vorausgesetzt, dass zuhause mit dem Internet gearbeitet wird. Was machen die Kinder, die kein Internet zuhause haben?

Frau Henning weiß, dass an der Komarow-Schule das Computerkabinett an bestimmten Tagen geöffnet wird und die Schüler das Internet dann nutzen können. An der Comeniuschule ist dieses täglich möglich.

Für Frau Voigt ist die Prävention klar. Aber wir haben keine Lösungsansätze für die Eltern, die wir dringend erreichen müssten.

Frau Müller stimmt dem zu. Oberbegriff ist die Elternbildung. Es werden entsprechende Methoden angewendet, um diese Eltern zu erreichen.

Frau Hoffmann verweist in Richtung Frau Voigt auf die Kurse vom Deutschen Kinderschutzbund. Das ist eine niedrigere Schwelle, vielleicht wird das angenommen.

Herr Kittner findet das System nicht geeignet. Man muss genauer hinsehen. Wir haben zwar Modelle und Konzepte, aber es erreicht nicht die Masse. Man muss dahingehen, wo das Klientel steht. Man müsste sowohl nieder- als auch hochschwelligere Angebote anbieten; auch kleinere Projekte wären gut.

Frau Hoffmann: Wir brauchen vom Ausschuss den Auftrag für die Verwaltung, dafür Geld im Haushalt bereitzustellen.

Herr Graubner stellt sofort diesen Antrag.

Herr Wulfänger teilt mit, dass im nächsten Ausschuss über die Haushalt geredet wird, da kann das dann auch mit besprochen werden.

Frau Voigt gibt noch zu bedenken, dass die Klientel der Spätaussiedler auch sehr stark von Kinderarmut betroffen ist. Dafür werden entsprechende besondere Ansatzpunkte benötigt.

Frau Hoffmann erklärt, dass viele sinnvolle Vorschläge gekommen sind. Wir können nicht alles beeinflussen. Aber wir können die Forderungen an die Volksvertreter weitergeben. Der Fünf-Punkte-Plan hat Zustimmung gefunden.

Herr Wulfänger erklärt, dass der Punkt „Forderung an die Politik“ mit in die Beschlussvorlage eingeflochten wird und das Problem der Spätaussiedler wird mitberücksichtigt.

Frau Hoffmann beendet die Diskussion.

zu TOP 7 Anfragen und Hinweise

Es gibt keine Anfragen und Hinweise.

Frau Hoffmann beendet den öffentlichen Teil um 19.48 Uhr.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.